

# VIELFALT

IN DIESER AUSGABE:

AUS DER REGION:  
INTERKULTURELLER MONAT  
LAHN-DILL-KREIS UND  
STADT WETZLAR

POLITIK UND  
GESELLSCHAFT:  
KI IN DER  
SPRACHMITTLUNG

ARBEIT UND BILDUNG:  
AZUBIS UND  
STUDIERENDE AUS  
DRITTSTAATEN

FLUCHT UND ASYL:  
GEMEINSAMES  
EUROPÄISCHES ASYLSYSTEM

DESINTEGRATION:  
DISKRIMINIERUNGS-  
ERFAHRUNGEN

KULTUR: EINRICHTEN IM  
PROVISORIUM

# migration.integration.vielfalt

**Liebe Leserinnen und Leser,**

*jeder vierte Mensch in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte – bei Schulkindern ist es fast ein Drittel. Diese Zahlen beschreiben längst keine Ausnahme mehr, sondern den Alltag einer Gesellschaft, die sich verändert hat. Anerkannt und politisch ernst genommen wird das noch nicht überall. Genau dieses Spannungsfeld zieht sich durch die neue Ausgabe des WIR-Newsletters. Da ist die Fachkraft aus der EU, die nur als Helferin arbeitet. Die ukrainische Ingenieurin, die im Jobcenter pauschal unter Verdacht steht. Das Kind, das drei Sprachen spricht und dafür im Unterricht nicht gelobt, sondern beobachtet wird. Kompetenzen, die vorhanden sind – und trotzdem nicht genutzt werden.*

*Auf europäischer Ebene gilt ab diesem Monat das “Gemeinsame Europäische Asylsystem” (GEAS). Die Verhandlungen hierzu begannen vor 10 Jahren, mit dem Ziel, die Migration nach Europa besser zu steuern. Kritiker sehen in GEAS weniger Schutz für Flüchtlinge und mehr Abschreckung. Trotz dieser Verschärfungen gewinnt der Rechtspopulismus an Boden, und eine neue Studie zeigt, dass die Offenheit für rechtsextreme Einstellungen zunimmt.*

*Aber es gibt nicht nur negative Schlagzeilen: im Lahn-Dill-Kreis erproben Menschen Theater als Weg in Sprache und Arbeit. Im Marburger Gemeinschaftsgarten gärtnern Nachbarinnen und Nachbarn aus 13 Nationen – ohne Zäune. 40 Migrant\*innenorganisationen im Land Hessen haben einen Dachverband gegründet, um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Integration kann gelingen – aber das passiert nicht von selbst. Dazu braucht es Haltung, Struktur und Menschen, die sie wollen. Die Frage ist nicht ob, sondern wie. Die Antwort darauf können wir nicht nur an die Politik delegieren – wir geben sie täglich selbst: bei der Arbeit, in der Nachbarschaft, in Vereinen, Schulen, Verwaltungen und Parlamenten.*

*Bleiben Sie neugierig!*

**Norbert Wenzel**

Vielfaltszentrum “WIR” im Lahn-Dill-Kreis

**[www.lahn-dill-kreis.de/vielfaltszentrum](http://www.lahn-dill-kreis.de/vielfaltszentrum)**

# Inhalt

## Aus der Region

Seite 4-8

## Politik und Gesellschaft

Seite 9-12

## Flucht und Asyl

Seite 13-17

## Arbeit und Bildung

Seite 18-23

## Desintegration

Seite 24-26

## Migration weltweit

Seite 27-28

## Kultur

Seite 29-30

## Persönlichkeiten

Seite 31-32

## Impressum

Seite 33

[www.lahn-dill-kreis.de/vielfaltszentrum](http://www.lahn-dill-kreis.de/vielfaltszentrum)



# Aus der Region

Gemeinsam 2026

## Interkultureller Monat Lahn-Dill-Kreis und Stadt Wetzlar



Lahn-Dill-Kreis und Stadt Wetzlar

Traditionell finden im September zahlreiche interkulturelle Veranstaltungsformate im LDK und in der Stadt Wetzlar statt. Im LDK die "Interkulturelle Woche" als Bestandteil eines bundesweiten Formats, in Wetzlar zum Beispiel das Interkulturelle Fest und die Integrationskonferenz. Erstmals wurde jetzt eine inhaltliche Partnerschaft von Stadt und Kreis unter einem gemeinsamen Rahmenmotto vereinbart: der "Interkulturelle Monat Lahn-Dill-Wetzlar". Veranstaltungen im Zeitraum vom 06. September bis zum 04. Oktober sollen so eine stärkere Öffentlichkeitswirkung entfalten. In diesen Zeitraum fallen weitere Termine, die eine inhaltliche Verbindung schaffen: der 26. September als Europäischer Tag der Sprachen, der 1. Oktober als Internationaler Tag der älteren Menschen, der 2. Oktober als Tag des Flüchtlings, der 3. Oktober als Tag der Offenen Moschee und der 4. Oktober: Erntedank am 4. Oktober als letzter Tag des Interkulturellen Monats. Mit dem Interkulturellen Fest am 06. September und der Integrationskonferenz am 11. September setzt die Stadt Wetzlar ihre Akzente. Der LDK wird am 25.09. den Integrationspreis verleihen. Weitere Veranstaltungen von Kommunen, Vereinen und Wohlfahrtsverbänden im Kreis sind in Planung. Die Anmeldung von thematisch passenden Veranstaltungen im gesamten Kreisgebiet ist noch bis zum 30. Juni möglich. Mehr Infos erhalten Sie vom Vielfaltszentrum des Lahn-Dill-Kreises [wir@lahn-dill-kreis.de](mailto:wir@lahn-dill-kreis.de).

Theaterprojekt im Jobcenter

## „Von der Zumutung, Freiheit zu denken“

Zwölf Teilnehmende aus fünf verschiedenen Nationen arbeiten seit Februar 2026 im Rahmen von [JobAct to connect](#) gemeinsam an einem besonderen Ziel: neue berufliche Perspektiven zu entwickeln – durch Theater, Sprache und gemeinschaftliches Arbeiten. Im Mittelpunkt steht in diesem Jahr die eigens für das Projekt entwickelte freie Interpretation des klassischen Theaterstücks „Wilhelm Tell“ mit dem Titel „PROJEKT TELL – Von der Zumutung, Freiheit zu denken“. Die Akteure sind arbeitssuchende Menschen mit unterschiedlichen Lebens- und Spracherfahrungen. Verantwortlich für die Durchführung und Finanzierung des Projekts ist das Kommunale Jobcenter Lahn-Dill. Umgesetzt wird „JobAct to connect“ gemeinsam mit der PROJEKTFABRIK gGmbH aus Witten als durchführendem Projektträger. Das Jobcenter lädt ein, das Ergebnis live anzuschauen: 30. Juni (Premiere) und 1. Juli, 19 Uhr (Einlass ab 18.30 Uhr), Untere Stadtkirche Wetzlar, Schillerplatz 8. Der Eintritt ist frei.

# Aus der Region

Neue Wege im LDK

## Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

(LDK) Der Lahn-Dill-Kreis hat ein neues Konzept zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten erarbeitet. Grundlage ist ein Kreistagsbeschluss vom Mai 2025, der auf einen Antrag von CDU und SPD zurückgeht. Im Fokus stehen **Arbeitsgelegenheiten** nach § 5 AsylbLG – also gemeinnützige Tätigkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Das Konzept setzt bewusst auf schlanke Verfahren und weniger Bürokratie. Beteiligt waren verschiedene Kreisstellen, das Kommunale Jobcenter, die Stadt Wetzlar sowie Vertreter der Bürgermeisterkreisversammlung. Arbeitsgelegenheiten sollen einen strukturierten Alltag fördern, den Spracherwerb unterstützen und gesellschaftliche Teilhabe sichtbar machen. Ergänzend entstanden Leitlinien zur nachhaltigen Integration anerkannter Geflüchteter – etwa zur Qualifikationsanerkennung und besseren Passung zwischen Bewerbern und Arbeitgebern.



Abläufe optimiert

## Ab Juli Online-Terminvergabe im Flüchtlingsbüro

(LDK) Der Lahn-Dill-Kreis optimiert die Abläufe im Flüchtlingsbüro und stellt den Publikumsverkehr zum 1. Juli 2026 auf ein Terminvergabesystem um. Kundinnen und Kunden können ihre Termine sowohl beim Flüchtlingsbüro in Wetzlar als auch in Dillenburg künftig bequem online buchen. Ziel der Umstellung ist es, Wartezeiten zu reduzieren, die Bearbeitungsprozesse effizienter zu gestalten und die Servicequalität weiter zu verbessern. Die Online-Terminvergabe steht ab sofort unter [www.lahn-dill-kreis.de/einwanderung-auswanderung-integration](http://www.lahn-dill-kreis.de/einwanderung-auswanderung-integration) zur Verfügung. Dort finden Antragstellerinnen und Antragsteller auch eine Übersicht der Anliegen, für die Termine vereinbart werden können. Zum vereinbarten Termin sollten die Besucherinnen und Besucher alle für ihr Anliegen erforderlichen Unterlagen vollständig mitbringen. Dazu gehören insbesondere die relevanten Dokumente sowie ein gültiger Ausweis. Ab dem 1. Juli 2026 sind persönliche Vorsprachen im Flüchtlingsbüro ausschließlich nach vorheriger Terminvereinbarung möglich. Mit der Einführung der Online-Terminvergabe setzt der Lahn-Dill-Kreis einen weiteren Schritt zur Digitalisierung seiner Dienstleistungen um und schafft zugleich eine verlässlichere Planung für Kundinnen und Kunden sowie die Mitarbeitenden des Flüchtlingsbüros.

# Aus der Region

“Diggi-Digger”

## Deutsch lernen und digitale Werkzeuge nutzen

Das kostenlose Angebot DIGI-DIGGER wurde auf Initiative des IB (Internationaler Bund) in Kooperation mit dem Nachbarschaftszentrum im Westend gestartet. Es richtet sich an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12-26 Jahren mit und ohne Migrationsgeschichte. Vermittelt wird, wie digitale Werkzeuge einfach und effektiv genutzt werden können, bei der Schul-Organisation, bei Bewerbungen oder generell beim Lernen, insbesondere beim Deutschlernen. Das offene Angebot findet jeden Mittwoch von 14-16 Uhr im Nachbarschaftszentrum Westend in Wetzlar statt. Kontakt: Tel.: 06441 – 210943, E-Mail: [nachbarschaftszentrum@caritas-wetzlar-lde.de](mailto:nachbarschaftszentrum@caritas-wetzlar-lde.de).

Deutsch lernen im Dunkeln

## Sprachkurse für blinde Flüchtlinge in Frankfurt

An der [Frankfurter Stiftung für Blinde und Sehbehinderte](#) lernen rund 40 geflüchtete Menschen mit Sehbehinderung, ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland zu führen. Sie kommen aus der Ukraine, Syrien, Afghanistan, dem Iran, Somalia und Eritrea. Im Mittelpunkt steht die sogenannte Blindentechnische Grundausbildung: Eineinhalb Jahre lang üben die Teilnehmenden, sich allein zu orientieren, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen und Punktschrift zu lesen – begleitet von Deutschkursen für Anfänger. Wer weiterkommt, bereitet sich auf das B1-Niveau und den Einbürgerungstest vor. Kursleiter Bresgen, hauptberuflich Dramaturg, bringt sein Gespür für Inszenierung in den Unterricht: „Unterricht ist immer ein bisschen Performance.“ Reha-Leiter Markus Hofmann kritisiert, es gebe nach wie vor viel zu wenig Integrationsangebote speziell für Geflüchtete mit Behinderungen.

Gemeinsam gärtnern

## Gartenprojekt in Marburg verbindet

Im Stadtteil Richtsberg in Marburg wächst mehr als Gemüse: Seit 2008 bewirtschaften dort Familien aus 13 Nationen rund 30 Parzellen auf einem gemeinsamen Gelände, das 2012 als gemeinnütziger Verein organisiert wurde. Anders als klassische Kleingartenanlagen gibt es hier keine hohen Zäune und keine abgeschotteten Lauben – stattdessen liegen die Beete dicht nebeneinander, und Gemeinschaftshütten laden zum Austausch ein. Zwischen Obstbäumen und Hochbeeten wird gegärtnert, gekocht, gelacht – und manchmal ein bisschen Weltfrieden geübt. „Wir sitzen zusammen: ein Deutscher, ein Pole, ein Russe, ein Ukrainer, ein Jude, ein Araber – und merken, dass es zwischen uns eigentlich keine Probleme gibt“, sagt Mitglied Oxana Gonbadi, deren Mann aus dem Iran stammt und die selbst aus Russland kommt. Trotz unterschiedlicher Sprachen, Religionen und Bildungswege verbindet die gemeinsame Arbeit auf dem Beet. Ehrenamtliche halten das Projekt am Leben und organisieren den Gartenbetrieb. Sprachgrenzen spielen dabei ebenso wenig eine Rolle wie Altersunterschiede. Das Projekt gilt als [Pilotprojekt der Stadt Marburg](#) für nachhaltige Integration.

# Aus der Region

Chance auf 20.000 Euro Projektförderung

## Hessischer Integrations- und Teilhabepreis 2026

Das Ministerium für Arbeit, [Integration](#), Jugend und Soziales hat den Hessischen Integrations- und Teilhabepreis 2026 ausgeschrieben. Unter dem Motto „Starke Frauen – starke Generationen: Empowerment für Frauen, Brückenbauerinnen zwischen Kulturen und Generationen“ werden in diesem Jahr besonders Frauen mit Migrations- oder Fluchterfahrung in den Blick genommen. Gesucht werden Initiativen, Vereine und Projekte, die diese Frauen stärken, Gleichstellung und gesellschaftliche Teilhabe fördern sowie Familien in ihrem Zusammenhalt unterstützen. Einreichungen sind bis zum 30. Juni 2026 möglich. Über die Vergabe des Preises entscheidet eine unabhängige Jury. Jedes Projekt hat die Chance auf einen Teil des Preisgelds von insgesamt 20.000 Euro, das unter den prämierten Initiativen aufgeteilt wird, zudem auf Sichtbarkeit und Wertschätzung – etwa durch ein professionelles Videoportrait, das in diesem Jahr erstmals von jeder prämierten Initiative erstellt wird. Weitere Informationen zu Ausschreibung und Bewerbung erhalten Sie [hier](#).

Zahlen, Daten, Fakten

## Der hessische Integrationsmonitor

Der neue Hessische Integrationsmonitor wurde im Rahmen der Landespressekonferenz am 6. Mai 2026 veröffentlicht. Anhand zahlreicher Indikatoren weist der Monitor aktuelle Entwicklungen zur Integration und Teilhabe in Hessen aus – zum Beispiel den rein durch ausländische Arbeitskräfte getragenen Beschäftigungszuwachs, die sinkende EU-Zuwanderung sowie die wachsende Sorge vor Rassismus. Sie finden den Integrationsmonitor und umfangreiche Tabellenanhänge [hier](#).

Mit gemeinsamer Stimme sprechen

## Dachverband Hessischer Migrant\*innenorganisationen

Am 13. Dezember 2025 wurde in Frankfurt der [Dachverband Migrant\\*innenorganisationen Hessen \(DaMOH\)](#) offiziell gegründet, um den hessischen Migrant\*innenorganisationen auf Landesebene eine gemeinsame Stimme zu geben und ihre Anliegen in Gesellschaft und Politik stärker zu vertreten. Der Verband versteht sich als Bindeglied zwischen migrantischen Organisationen, der Politik und der Zivilgesellschaft, mit dem Ziel, gemeinsame Interessen zu bündeln und die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationserfahrung in Hessen zu stärken. Insgesamt 40 migrantische Organisationen sind bereits Teil des Verbands, der offen für weitere Mitgliedschaften ist. Die Entwicklung des Dachverbands ist das Ergebnis eines längerfristigen Vernetzungsprozesses, der seit 2018 jährlich stattfindende Treffen sowie Unterstützung durch das Kompetenzzentrum Vielfalt und das hessische Sozialministerium einschloss. Ansprechpartner ist Shiva Adhikari, [info@nepalisamaj.org](mailto:info@nepalisamaj.org)

# Aus der Region

Rückkehr oder Integration

## Debatte über Syrien-Rückkehr auch in Hessen

Rund 60.000 Syrerinnen und Syrer leben in Hessen – doch nach dem Sturz der Regierung im Dezember 2024 gibt es unterschiedliche Stimmen in der Politik als auch bei den Betroffenen selbst: Rückkehr oder Bleiben? Hessens Innenminister Roman Poseck (CDU) fordert perspektivisch regelhafte Abschiebungen und betont, das Asylsystem sei kein Einwanderungssystem. Die Grünen widersprechen: Syrien sei weder politisch noch humanitär sicher, und tausende Syrer seien längst in Arbeit und Ausbildung integriert. Die Lage vor Ort scheint nach wie vor unsicher zu sein: zerstörte Häuser, zusammengebrochene Wirtschaft, anhaltende Gewalt zwischen ethnischen Gruppen. Bundesaußenminister Wadepful verglich die Situation bei einem Besuch mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In der **syrischen Gemeinde** selbst sind die Lebenspläne gespalten: Ältere denken eher an Rückkehr, Jüngere sind vielfach fest in Hessen verwurzelt.

Einsparungen im Asylbereich

## Hessen baut Plätze in der Erstaufnahme ab

Wegen stark zurückgehender Asylsuchendenzahlen baut das Land Hessen seine Kapazitäten für die Erstaufnahme ab. Wie **Integrations- und Sozialministerin Heike Hofmann** (SPD) mitteilte, werden die Einrichtung in Bad Arolsen (Waldeck-Frankenberg) zum Jahresende 2026 und die Notunterkunft in Alsfeld (Vogelsberg) bereits zum 30. September 2026 geschlossen. Zusätzlich sollen an weiteren Standorten als Unterkünfte genutzte Leichtbauhallen schrittweise zurückgebaut werden. Derzeit sind an den noch acht hessischen Erstaufnahmestandorten insgesamt 2.671 Menschen untergebracht – bei einer Kapazität von über 9.100 Plätzen. Die Leerstände spiegeln die bundesweite Entwicklung: Die Zahl der Asylsuchenden sank von rund 307.000 im Jahr 2023 über rund 200.000 im Jahr 2024 auf etwa 100.000 im Jahr 2025. Bis Anfang Juni 2026 wurden bundesweit nur noch rund 32.700 Asylsuchende registriert. Die frei werdenden Flächen sollen laut Ministerium – soweit möglich – dauerhaft freigehalten werden, um bei Bedarf rasch reagieren zu können. Als Begründung nannte Hofmann ausdrücklich auch die Haushaltslage: Der Abbau von Plätzen ermögliche notwendige Einsparungen. Im Haushalt 2027 plant das Land nach eigenen Angaben reduzierte Mittel für die Erstaufnahme ein. Die weitere Entwicklung der Zuzugszahlen soll laufend beobachtet werden.



# Politik und Gesellschaft

## Demografie

### Jeder Vierte mit Einwanderungsgeschichte

In Deutschland leben rund 21,8 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte – das entspricht einem Anteil von 26,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung, wie das [Statistische Bundesamt](#) im April 2026 mitteilte. Damit ist der Anteil gegenüber dem Vorjahr erneut gestiegen. Als Person mit Einwanderungsgeschichte gilt, wer selbst oder dessen beide Elternteile seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind. Etwa jede fünfte in Deutschland lebende Person war 2025 selbst eingewandert – insgesamt 16,4 Millionen Menschen, wobei Polen, Türkei, Ukraine, Russland und Syrien die häufigsten Herkunftsländer stellen. Dennoch schrumpfte die Gesamtbevölkerung 2025 erstmals um rund 100.000 auf 83,5 Millionen, da das Geburtendefizit von 350.000 durch den Wanderungsüberschuss von nur 250.000 Personen nicht mehr ausgeglichen werden konnte. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) prognostiziert, dass sich dieser Trend fortsetzt und die Bevölkerung bis 2045 auf etwa 81 Millionen sinken wird. Die Zahlen verdeutlichen: Zuwanderung hat Deutschlands demografischen Wandel bislang erheblich abgefedert. Für eine alternde Gesellschaft mit sinkender Geburtenrate bleibt gezielte Einwanderungspolitik damit eine zentrale Stellschraube.

## Einbürgerungen

### Historischer Höchststand

Die Zahl der Einbürgerungen in Deutschland hat 2025 einen Höchststand erreicht: 332.500 Menschen erhielten die deutsche Staatsangehörigkeit – 14 Prozent mehr als im Vorjahr und der fünfte Anstieg in Folge. Seit Einführung der bundeseinheitlichen Statistik im Jahr 2000 wurden noch nie mehr als 300.000 Personen in einem Jahr eingebürgert, teilte das [Statistische Bundesamt](#) mit. Die meisten Eingebürgerten stammten erneut aus Syrien (65.600), gefolgt von Türkei (34.100) und Russland (19.700). Der deutliche Anstieg bei türkischen und russischen Staatsangehörigen erklärt sich vor allem durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts: Seit Ende Juni 2024 ist die doppelte Staatsbürgerschaft generell möglich. Bei türkischen Eingebürgerten betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer vor der Einbürgerung 24,1 Jahre, bei Russen 14,1 Jahre. Besonders stark stiegen die Einbürgerungszahlen bei Menschen aus Bosnien-Herzegowina (plus 126 Prozent) und den USA (plus 100 Prozent). Am häufigsten erfolgten sogenannte Regelfalleinbürgerungen nach mindestens fünf Jahren Aufenthalt; zusammen mit Miteinbürgerungen von Ehegatten und Kindern entfielen 91 Prozent aller Fälle auf diese beiden Arten. Deutlich rückläufig war dagegen die sogenannte Turbo-Einbürgerung für besondere Integrationsleistungen: Nachdem sie Ende Oktober 2025 abgeschafft wurde, sank ihre Zahl von 19.100 auf nur noch 1.500.

# Politik und Gesellschaft

## Migration und Wohnen

### Migranten haben es besonders schwer

Das [aktuelle Jahresgutachten](#) des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) belegt: Menschen mit Migrationsgeschichte sind auf dem ohnehin angespannten deutschen Wohnungsmarkt besonders stark benachteiligt. Sie haben im Schnitt weniger Wohnfläche, leben häufiger in überbelegten Wohnungen, seltener im Eigentum und müssen einen höheren Einkommensanteil für Miete aufwenden – zudem sind sie überproportional von Wohnungslosigkeit betroffen. Als Hauptursachen nennt der SVR geringere finanzielle Mittel sowie den schwierigen Einstieg in einen bereits knappen Markt. Verschärft wird die Lage dadurch, dass Zugewanderte oft in Städten mit besonders angespanntem Wohnungsmarkt leben, wo soziale Segregation zuletzt zugenommen hat. Der Rat empfiehlt gezielte Investitionen in benachteiligte Stadtteile – etwa in Kitas, Schulen und Gesundheitseinrichtungen – sowie besseren Schutz vor Diskriminierung bei der Wohnungssuche. Auch die Verteilung von Geflüchteten auf Kommunen solle stärker integrationsrelevante Faktoren berücksichtigen. Experten betonen: Gute Unterbringung von Anfang an verbessert Startchancen und senkt langfristig die Folgekosten. Wohnungspolitik ist damit zugleich Integrationspolitik.

## MOTRA-Monitor

### Offenheit für rechtsextreme Einstellungen wächst

Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland (86 Prozent) befürwortet eine liberale, rechtsstaatliche Demokratie. Das ist das Ergebnis des [Motra-Monitors](#), einer repräsentativen Studie zu Radikalisierung von verschiedenen Forschungseinrichtungen unter Koordination des Bundeskriminalamts. Weitere Ergebnisse: Seit 2022 steigt der Anteil an Menschen in Deutschland, die rechtsextreme Einstellungen nicht eindeutig ablehnen. Die Forschenden haben außerdem untersucht, wie verbreitet islamistische, antisemitische und antimuslimische Haltungen sind.

## Internationale Studie

### Neigung zu Extremismus

Welche Personen sind anfällig für Extremismus und Fundamentalismus? Wer befürwortet Gewalt? Spielt Religiosität eine Rolle? Das haben Soziologinnen und Soziologen unter Leitung des [Mannheimer Zentrums für Sozialforschung \(MZES\)](#) anhand von Umfragen in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden untersucht. Sie fanden heraus, dass sich jüngere Männer mit relativ niedriger Bildung am häufigsten von extremistischen Positionen angesprochen fühlen. Frauen neigen der Studie zufolge eher zu linkem als rechtem Radikalismus, ältere Menschen sind nicht weniger rechtsradikal als jüngere.

# Politik und Gesellschaft

Rechtlich gleichgestellt

## EU-Zugewanderte in Deutschland

Die von der EU-Gleichbehandlungsstelle in Auftrag gegebene Studie „Rechtlich gleichgestellt – praktisch benachteiligt? [EU-Zugewanderte in Deutschland](#)“ wurde am 02.03.26 veröffentlicht. Sie beleuchtet die Gründe für Zu- und Abwanderung von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern, analysiert zentrale Hürden im Alltag und Arbeitsleben trotz formaler Gleichstellung und leitet daraus Ansatzpunkte für bessere Teilhabe und faire Arbeitsbedingungen ab.

Ein Drittel will abwandern

## Warum EU-Bürger kommen und gehen

Eine neue Studie des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen im Auftrag der [Bundesintegrationsbeauftragten](#) beleuchtet, warum EU-Bürgerinnen und -Bürger nach Deutschland kommen – und warum viele wieder gehen. Die Hauptmotive für die Zuwanderung sind pragmatisch: Verdienstmöglichkeiten, rechtliche Absicherung und Zukunftsperspektiven für die Kinder. Doch die Realität hält oft nicht, was sie verspricht. Gerade im Niedriglohnbereich drohen prekäre oder illegale Beschäftigungsverhältnisse, befördert durch informelle Vermittlung über Mittelsmänner und Subunternehmen. Hinzu kommen eingeschränkter Zugang zu Sozialleistungen, Sprachbarrieren und eine teils restriktive Behördenpraxis. Diskriminierungserfahrungen – auf dem Wohnungsmarkt, bei Behörden, im Job – sind weit verbreitet und schwächen das Vertrauen in deutsche Institutionen. Beruflicher Aufstieg gelingt meist erst nach langer Aufenthaltsdauer, oft wird unterhalb der eigentlichen Qualifikation gearbeitet. Rund ein Drittel der Befragten denkt über eine Abwanderung nach – als Hauptgründe nennen sie hohe Lebenshaltungskosten und fehlendes Zugehörigkeitsgefühl. Die Studie fordert bessere Sprachförderung, mehrsprachige Beratungsangebote und fairere Bedingungen am Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Von Afrikaans bis Urdu

## Mehrsprachigkeit als Bereicherung

Mehrsprachigkeit prägt die Lebensrealität vieler Menschen in Deutschland und ist ein wertvoller Schatz. Mit dem Wettbewerb „Mehr Sprachen – mehr WIR“ erhalten Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse die Möglichkeit, ihre Sprachkompetenz in Deutsch und einer weiteren Sprache zu präsentieren. Der Wettbewerb wird von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung ausgerichtet und von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus gefördert. Verschieden Beiträge des Wettbewerbs sehen Sie [hier](#).

# Politik und Gesellschaft

## Künstliche Intelligenz 1

### KI-Chat bei häuslicher Gewalt in vielen Sprachen

Das [Hamburger Sozialunternehmen myProtectify](#) bietet mit Maya einen kostenlosen KI-gestützten Hilfe-Chat für Menschen an, die Gewalt in ihrer Beziehung erleben. Der Chat ist rund um die Uhr erreichbar, erfordert keine Anmeldung und ist in mehreren Sprachen verfügbar – damit auch Menschen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen Zugang zu Unterstützung finden. Maya wurde gemeinsam mit Betroffenen entwickelt und bietet emotionalen Beistand, Informationen zu verschiedenen Gewaltformen sowie konkrete Hinweise auf Hilfsangebote in der Nähe. Gegründet wurde myProtectify von Sogol Kordi, die selbst Partnerschaftsgewalt erfahren hat und sich eine niedrigschwellige, anonyme Anlaufstelle gewünscht hätte. Das Angebot schließt damit eine wichtige Lücke: Viele Betroffene scheuen den Gang zu Beratungsstellen aus Scham oder Angst vor Verurteilung. Maya urteilt nicht – sie hört zu, klärt auf und zeigt Wege auf. Das Projekt wird unter anderem vom Bundesministerium für Wirtschaft sowie von der IHK und weiteren Partnern unterstützt. Ergänzend bietet myProtectify auch Workshops an. Für Migrantinnen, die oft zusätzliche Hürden beim Zugang zu Hilfe haben, könnte Maya ein wertvolles Angebot sein.

## Künstliche Intelligenz 2

### KI in der Sprachmittlung

In Beratungsstellen und sogar bei Polizeieinsätzen wird KI zunehmend als Ersatz für professionelle Sprachmittlung eingesetzt. Eine

[aktuelle Studie der Universität Toronto](#)

(Kokorelias et al. 2026) zeigt: KI-Systeme verfehlen häufig emotionale Nuancen, idiomatische Sprache und kontextuelle

Hinweise – besonders in sensiblen Gesprächssituationen wie psychischer Gesundheit, Trauma oder Palliativversorgung. Auch bei gesprochener Sprache – mit Dialekten, Versprechern und nicht-verbale Botschaften – stoßen KI-Systeme schnell an ihre Grenzen. Überraschend: KI ist keineswegs generell präziser als Menschen – bei Sprachen wie Russisch, Vietnamesisch oder Somali treten deutlich mehr Fehler auf, bis hin zu potenziell schädlichen Übersetzungen. Damit trifft das Problem gerade jene Minderheiten am härtesten, die ohnehin die meisten Barrieren erleben. Paradox: Wo KI versagt, greifen Familien wieder auf Kinder als Übersetzer zurück – genau das, was professionelle Sprachmittlung verhindern soll. Auch erkennt KI nicht, wenn Fachkräfte zu komplex sprechen, und weist nicht darauf hin. Sinnvoll ist KI hingegen bei Vorbereitung, Glossarerstellung und punktueller Unterstützung bei Fachbegriffen. Fazit der Studie: KI kann ein nützliches Werkzeug sein, ist aber kein Ersatz für Menschen.



# Politik und Gesellschaft

BAMF Minas

## Aktueller Atlas zu Migration, Integration und Asyl

Die Themen Migration, Integration und Asyl bilden das Fundament der Arbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Mit der nun vorliegenden aktualisierten 15. Ausgabe des "Atlas über Migration, Integration und Asyl" (Minas) werden diese Themenfelder in kartographischen und informatorischen Grafiken anschaulich gemacht und geben einen aktuellen Überblick über die Arbeit des Bundesamtes und das Migrationsgeschehen in Deutschland, Europa und der Welt. Der Atlas kann [hier kostenlos heruntergeladen](#) werden.

Zusammenhalt in Krisenzeiten

## Jüdisch-muslimische Freundschaften in Frankfurt

Eine neue [Publikation](#) mit dem Titel „Zusammenhalt in Krisenzeiten. Jüdisch-muslimische Freundschaften in Frankfurt am Main“ macht anhand von 12 Portraits sichtbar, wie Vertrauen, Solidarität und Zusammenhalt im Alltag entstehen – zwischen Nachbarinnen, Kolleginnen, Eltern, Künstlerinnen, Politikerinnen und Aktivistinnen. Die Geschichten zeigen, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt kein Selbstläufer ist, sondern immer wieder neu hergestellt werden muss: im gemeinsamen Handeln, im Gespräch und in der Bereitschaft, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Öffentliche Debatten über jüdisch-muslimische Beziehungen werden häufig von Konflikten, Polarisierung und geopolitischen Spannungen geprägt. Die vorliegende Studie richtet den Blick bewusst auf eine andere, oft übersehene Realität: auf Freundschaften, Kooperationen, Soziale Orte und lokale Netzwerke, die auch unter schwierigen Bedingungen tragfähig bleiben.



# Flucht und Asyl

Verstoß gegen EU-Recht

## EuGH kippt deutsche Asylleistungskürzungen

Der **Europäische Gerichtshof (EuGH)** hat am 4. Juni 2026 entschieden, dass bestimmte Kürzungen von Asylbewerberleistungen in Deutschland gegen europäisches Recht verstoßen. Ausgangspunkt war der Fall eines afghanischen Asylbewerbers im Landkreis Schweinfurt, dessen Leistungen gekürzt worden waren, weil nach der Dublin-Verordnung eigentlich Rumänien für sein Verfahren zuständig gewesen wäre - die Abschiebung aber nicht vollzogen wurde. Das Gericht stellte klar: Solange sich Asylsuchende tatsächlich in Deutschland aufhalten, müssen ihnen Leistungen bis zur tatsächlichen Überstellung gewährt werden, unabhängig davon, welcher EU-Staat formal zuständig ist. Die bisherige Regelung im deutschen Asylbewerberleistungsgesetz, die Betroffene in sogenannten Dublin-Fällen auf reine Sachleistungen für Unterkunft, Ernährung und Körperpflege reduzierte, ist damit unvereinbar mit den EU-Aufnahmerichtlinien, die einen „angemessenen Lebensstandard“ vorschreiben. Die Bundesregierung hatte diese Regelung im Herbst 2024 nicht gelockert, sondern noch verschärft und damit eine noch weitgehendere Streichung von Leistungen ermöglicht. Auch diese Verschärfung dürfte durch das Urteil hinfällig sein. Das Bundessozialgericht, das den Fall dem EuGH vorgelegt hatte, muss nun abschließend entscheiden, gebunden an die europäischen Vorgaben. Das Urteil fällt in eine politisch aufgeheizte Debatte: Kurz zuvor hatte die EU mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) neue Standards gesetzt, die zwar gewisse Einschränkungen erlauben, aber stets ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren müssen.

Anpassungsgesetze in Kraft

## Reform des gemeinsamen Europäischen Asylsystems

Die GEAS-Anpassungsgesetze sollen die deutsche Rechtslage an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems anpassen, welche in ihren wesentlichen Elementen ab dem 12. Juni 2026 Anwendung findet. Im Rahmen der Reform wurden die meisten der bislang geltenden europäischen Richtlinien zu Verordnungen. Dies hat zur Folge, dass europäisches Recht in vielen Bereichen ab dem 12. Juni 2026 unmittelbar anzuwenden ist und dem nationalen Recht vorgeht. Aus diesem Grund wurden besonders im Asylgesetz eine Reihe von Regelungen gestrichen und durch Verweise auf die europäischen Verordnungen ersetzt. Am 28. April 2026 sind das sogenannte GEAS-Anpassungsgesetz und das GEAS-Anpassungsfolgesgesetz im Bundesgesetzblatt erschienen. Die nun verabschiedeten Gesetze beruhen im Wesentlichen auf Gesetzentwürfen, die im September 2025 von der Bundesregierung vorgelegt wurden und die anschließend besonders durch den Innenausschuss des Bundestags noch deutlich verändert wurden. Eine Übersicht zu den wesentlichen Neuerungen finden Sie [hier](#).

# Flucht und Asyl

Migrationsforscher kritisiert GEAS

## Abschreckung statt Schutz

Der Osnabrücker Migrationsforscher **Professor Dr. Jochen Oltmer** warnt vor gravierenden Schwachstellen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Der Historiker kritisiert, dass das über 500 Seiten starke Gesetzespaket nicht mehr den Schutz von Flüchtenden in den Vordergrund stelle, sondern die EU-Staaten vor den Schutzsuchenden bewahren wolle – auch wenn das Wort „Abschreckung“ darin nicht auftauche. Das GEAS sei vor allem innenpolitisch motiviert: Die Auslagerung des Asylthemas solle Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl geben, sich nicht damit befassen zu müssen. **Oltmer kritisiert** besonders die Verlagerung der Asylverfahren an die EU-Außengrenzen, wo Schutzsuchende in geschlossenen Zentren untergebracht würden und offiziell als nicht eingereist gälten – ein Konstrukt, das er als Einfallstor für Menschenrechtsverletzungen bezeichnet. Bei maximal zwölf Wochen Verfahrensdauer sei das Fehlerrisiko hoch. Abgelehnte könnten in Länder zurückgewiesen werden, zu denen sie keinerlei Verbindung hätten, ohne nennenswerte Möglichkeiten des Rechtswegs. Zusätzlich bezweifelt Oltmer, dass die GEAS-Regeln überhaupt vollständig umgesetzt werden: Außenzentren seien nicht eingerichtet, Außenstaaten wie Griechenland und Italien noch nicht vorbereitet. Die angestrebte gleichmäßige Lastenteilung unter den EU-Staaten sei seit Jahrzehnten erfolglos angestrebt worden – warum sie nun plötzlich funktionieren sollte, bleibe unbeantwortet. Veränderte Fluchtrouten spielten zudem Schleppern in die Hände.

Neue Rechtsverordnung

## Was ist ein sicherer Herkunftsstaat?

Zum 1. Februar ist der neue Paragraph 29b AsylG in Kraft getreten, nach dem die Bundesregierung per Verordnung "sichere Herkunftsstaaten" festlegen kann. Eine Mitbestimmung von Bundestag und Bundesrat erfolgt bei diesem Verfahren nicht, anders als im Paragraph 29a AsylG. Asylanträge von Schutzsuchenden aus "sicheren Herkunftsstaaten" werden in der Regel als unbegründet abgelehnt. **Hier** erhalten Sie weitere Informationen.

BAMF Statistik

## Asylzahlen Gesamtjahr 2025

2025 wurden in Deutschland rund 168.500 Asylanträge gestellt, davon 113.200 Erstanträge. 66 Prozent dieser Anträge kamen von Frauen und Minderjährigen. Alle aktuellen Zahlen zu Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Deutschland finden Sie **hier**.

# Flucht und Asyl

Mehr als 30.000 Ausreisen

## Anstieg freiwilliger Rückkehr Asylsuchender

Immer mehr Asylbewerberinnen und Asylbewerber kehren mithilfe der Bundesregierung freiwillig in ihre Herkunftsländer zurück. Seit Syrien wieder als gefördertes Rückreiseland gilt, waren Syrien (27 %) und die Türkei (33 %) die häufigsten Zielländer im Jahr 2025. Wie der [Deutschlandfunk](#) berichtet, nahmen im vergangenen Jahr etwa 16.500 Menschen das Förderprogramm REAG/GARP (Reintegration and Emigration for Asylum-Seekers in Germany/Government Assisted Repatriation Programme) in Anspruch. Laut einer Sprecherin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) waren es in den beiden Jahren davor lediglich 10.000 Asylsuchende. Aufgrund des Bürgerkriegs vor Ort war die geförderte Rückreise nach Syrien zuvor ausgesetzt worden. Im Rahmen des Programms erhalten die Ausreisenden vom Bund eine „Starthilfe“ in Höhe von 1.000 Euro pro Erwachsenen und 500 Euro pro Kind sowie die Übernahme der Flugkosten. Hilfestellungen nach der Rückreise, wie beispielsweise psychologische Beratung oder Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, können bis zu zwölf Monate in Anspruch nehmen.

Irreguläre Migrationsrouten

## Wirkung strengerer Grenzkontrollen

Die Zahl der Schutzsuchenden, die die Europäische Union erreichen, ist im vergangenen Jahr stark gesunken. Diese Entwicklung wird von mehreren politischen Akteuren als Beweis dafür gesehen, dass strenge Grenzkontrollen und Zurückweisungen irreguläre Migration effektiv unterbinden können. [Eine Langzeit-Analyse](#) des Mixed Migration Centre und der Bosch Stiftung hat die Flüchtlingszahlen entlang der Haupt-Migrationsrouten untersucht. Sie zeigt: Fluchtmigration variiert sehr stark von Jahr zu Jahr. Während einige Fluchtrouten weniger genutzt werden, steigen die Zahlen bereits auf anderen Routen.

DIW-Studie

## Gesundheitssystem schwer zugänglich

Geflüchtete stoßen in Deutschland insbesondere in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft auf erhebliche Hürden beim Zugang zur Gesundheitsversorgung. Lange Wartezeiten, große Entfernungen und finanzielle Belastungen erschweren eine zeitnahe Behandlung. Gleichzeitig fällt es vielen schwer, sich im Gesundheitssystem zu orientieren und passende medizinische Hilfe zu finden. Das zeigt eine [Studie](#) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten.

# Flucht und Asyl

## Sozialleistungen

### Erste Bilanz zur Bezahlkarte

Alle Bundesländer, außer Berlin, haben im letzten Jahr die Bezahlkarte für Asylsuchende und Geduldete eingeführt. Zwei Jahre nach dem Bundestags-Beschluss dazu gibt es jetzt eine **erste Bilanz**. In vielen großen Bundesländern, und besonders im Osten, ist die Karte flächendeckend eingeführt. Aber: Besonders in NRW und Rheinland-Pfalz führen viele Kommunen die Bezahlkarte nicht ein. Kritiker sehen viele Alltagsprobleme und eine erschwerte Teilhabe. Befürworter sehen Erleichterungen für die Verwaltung.

## Ukraine

### 1,3 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine

Die Zahl der in Deutschland registrierten Geflüchteten aus der Ukraine ist zwischen April 2025 und April 2026 um rund 89.000 Menschen auf 1,3 Millionen Menschen gestiegen. Ukrainerinnen und Ukrainer, die nach April 2025 eingereist sind, sollen laut einem Gesetzentwurf der Bundesregierung künftig nur Asylbewerberleistungen erhalten. Derzeit beziehen sie Bürgergeld. Stand April 2026 war etwa die Hälfte erwerbstätig. Aktuelle Zahlen und Fakten zu Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland finden Sie **hier**.

## Legale Fluchtwege

### Resettlement-Zahlen stark rückläufig

Besonders schutzbedürftige Geflüchtete wie etwa Behinderte, Folterüberlebende oder Minderjährige können sich kaum noch Hoffnung auf eine Aufnahme in die Europäische Union oder die USA machen: Im ersten Halbjahr 2025 wurden nur rund 28.600 Personen weltweit über Resettlement-Programme aufgenommen (etwa ein Drittel der Aufnahmen des Vorjahreszeitraums). Gebraucht werden laut **UNHCR** mehr als 2,5 Millionen Resettlement-Plätze. Auch Deutschland hat Aufnahmeprogramme weitestgehend ausgesetzt und nimmt kaum noch Menschen auf.

# Flucht und Asyl

Fakten 2025

## Jahresbericht des BAMF-Forschungszentrums

Migration ist ein fester Bestandteil unserer gesellschaftlichen Realität, der jedoch häufig von emotionalen Diskussionen und falschen Wahrnehmungen begleitet wird. Es ist daher sehr wichtig, verzerrten Wahrnehmungen von Migration mit Fakten zu begegnen. Der Jahresbericht des **BAMF-Forschungszentrums** gibt einen Überblick über die Arbeitsschwerpunkte Migration, Integration und Asyl im Jahr 2025. Es werden sowohl laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte als auch Fachveranstaltungen sowie Veröffentlichungen dargestellt.



# Arbeit und Bildung

Bertelsmann-Studie

## Sprachförderung mit Optimierungsbedarfen

Nur jede siebte Kita in Deutschland ist personell gut aufgestellt – doch während Kinder mit Behinderung oft Integrationshelfer erhalten, fehlt es an Sprachförderung für nicht-deutschsprachige Kinder. Eine neue [Bertelsmann-Studie](#) zeigt: Im Westen erreichen 16 Prozent der Kitas die optimale Fachkraft-Kind-Quote, im Osten nur zwei. Besonders dramatisch ist die Lage in Ostdeutschland, wo bis zu 84 Prozent der Kitas unterbesetzt sind. Das geplante Kita-Startchancen-Programm soll hier Abhilfe schaffen, doch Experten warnen: Ohne gezielte Mittelverwendung drohen die Gelder nur bestehende Lücken zu füllen – statt Chancengerechtigkeit zu schaffen.

Statistisches Bundesamt

## 30% der Schulkinder mit Einwanderungsgeschichte

Ein knappes Drittel der Schulkinder in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte. Das geht aus einer Bilanz für 2024 hervor, die das [Statistische Bundesamt](#) jetzt veröffentlicht hat. Als Einwanderungsgeschichte wird gewertet, wenn ein Schulkind im Ausland geboren wurde oder beide Eltern nach Deutschland eingewandert sind. Hinzu kommen zwölf Prozent der Schüler, bei denen zumindest ein Elternteil eingewandert ist. Der Bilanz zufolge ist der Migrationsanteil bei den Lehrkräften mit rund elf Prozent deutlich geringer.

Politik und Wissenschaft im Gespräch

## Mehrsprachigkeit in Bildungseinrichtungen

In Hessen haben fast 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund, viele wachsen mehrsprachig auf. Studien zeigen, dass Kinder früh zwischen Sprachen wechseln und diese Kompetenz gezielt einsetzen. Dennoch spielt [Mehrsprachigkeit im Schulalltag](#) bisher kaum eine systematische Rolle. Laut Prof. Havva Engin (Pädagogische Hochschule Heidelberg) wird das Potenzial mehrsprachiger Kinder in Bildungseinrichtungen selten als Ressource genutzt. Stattdessen dominiert oft eine defizitorientierte Perspektive. In Frankfurt werden zwar Sprachförderprogramme angeboten, doch der Fokus liegt meist auf dem Deutschen. Projekte wie „Vielfalt sehen und lehren“ versuchen, Mehrsprachigkeit als Teil der pädagogischen Praxis zu etablieren. Die Einbindung mehrsprachiger Eltern bleibe eine Herausforderung. Sylvia Weber (Stadträtin Frankfurt) betont, dass niedrigschwellige Angebote und eine wertschätzende Kommunikation die Zusammenarbeit verbessern können. Gleichzeitig fehle es an strukturellen Rahmenbedingungen, um Mehrsprachigkeit flächendeckend zu verankern. Fachleute fordern, Mehrsprachigkeit stärker in Lehrpläne und Lehrerbildung zu integrieren. Ziel sei es, herkunftssprachliche Kompetenzen als selbstverständlichen Bestandteil von Bildung zu verstehen – sowohl im Unterricht als auch in der Zusammenarbeit mit Familien.

# Arbeit und Bildung

Expertise

## Institutionelle Diskriminierung in der Schule

Eine [aktuelle Studie](#) zeigt: Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund – besonders aus der Türkei oder arabischsprachigen Ländern – berichten häufiger von persönlicher Diskriminierung als andere Gruppen. Jungen sind stärker betroffen als Mädchen. Die Folgen reichen von sinkendem Selbstwertgefühl bis zu schlechteren Schulleistungen. Individuelle Diskriminierung zeigt sich etwa bei Noten: Experimentelle Studien belegen, dass Lehrkräfte bei gleicher Leistung manchmal Schülern mit Migrationshintergrund schlechter bewerten. Doch die Effekte sind nicht durchgängig und oft klein. Größere Nachteile entstehen durch geringere Leistungserwartungen und weniger Förderung. Dabei ist institutionelle Diskriminierung oft unsichtbar: Schulen orientieren sich an der „Mehrheitsnorm“ – etwa durch den monolingualen Habitus, der gute Deutschkenntnisse voraussetzt. Herkunftssprachen werden kaum anerkannt, obwohl sie den Spracherwerb fördern könnten. Auch Lehrmaterialien reproduzieren der Studie nach oft Klischees, etwa über Menschen aus dem globalen Süden. Die Studie fordert mehr Sensibilisierung, strukturelle Anpassungen und eine Schule, die Verschiedenheit als Normalität begreift.

Heinrich-Böll-Stiftung

## Einheitliche Regeln zur Schulpflicht nötig

Wann geflüchtete Kinder eine Schule besuchen können, ist in den 16 Ländern sehr unterschiedlich geregelt. Nach Deutschland geflüchtete Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Doch wie können sie schnell ins Schulsystem integriert werden und welche Herausforderungen bestehen dabei? Das [Policy Paper der Böll-Stiftung](#) plädiert für eine Schulpflicht ab Tag eins und gibt Empfehlungen für eine phasenorientierte schulische Betreuung nach Unterbringungsart, damit eine optimale Förderung und Integration gelingt. Dafür brauche es eine gute Ausstattung mit qualifizierten Lehrkräften, Sachmitteln und Lernmaterial. Hinweise für die Regierungs- und Verwaltungsebenen und die Qualitätssicherung im Bildungsprozess runden das Paper ab.

Uni Münster

## Zufriedenheit mit islamischem Religionsunterricht

Forschende der Uni Münster haben den islamischen Religionsunterricht in NRW evaluiert. Der [Abschlussbericht](#) zeigt: Die befragten Schüler, Eltern und Schulen sehen den Unterricht überwiegend positiv. Bisher bieten 247 von mehr als 5.000 Schulen in NRW islamischen Religionsunterricht an. Die Wissenschaftler empfehlen ein flächendeckendes Angebot an allen Schulen. Welche Bundesländer islamischen Religionsunterricht anbieten, erfahren Sie auf dieser [Website](#).

# Arbeit und Bildung

Kompromiss

## Weniger Integrationskurse werden gestrichen

Nach scharfer [Kritik an geplanten Kürzungen](#) hat die Bundesregierung einen Kompromiss bei den Integrationskursen gefunden. Anders als zunächst vorgesehen soll es keinen pauschalen Zulassungsstopp für freiwillige Kursteilnehmer mehr geben. Man habe sich mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) auf ein Kontingent geeinigt, das besonders ukrainischen Flüchtlingen und EU-Bürgern den Kurszugang ermöglicht. Der Kompromiss soll bereits ab 1. Juni gelten. Zudem sollen Erstorientierungskurse für Personen im Asylverfahren ab November ausgebaut werden. Der Auslöser der Debatte: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte im Februar mitgeteilt, dass freiwillige Kursteilnehmer künftig nur noch als Selbstzahler zugelassen werden – mit Verweis auf gestiegene Kosten. Das löste Protest bei Trägern, Kommunen, SPD und Bundesrat aus. Für 2026 stehen rund eine Milliarde Euro für Integrationskurse bereit. Wie hoch das Budget für 2027 ausfällt, muss in den Haushaltsverhandlungen geklärt werden.

“Werden Sie Deutscher”

## Dokumentarfilm aus dem Integrationskurs

Nicht mehr ganz neu: einen ebenso unterhaltsamen wie teilweise bedrückenden Einblick in das Leben von Menschen in einem Integrationskurs kann man in dem Dokumentarfilm »Werden Sie Deutscher« von Britt Beyer gewinnen. Ein halbes Jahr lang begleitete sie für den 2013 veröffentlichten und auf [Youtube](#) verfügbaren Film Kursteilnehmer an einer Berliner Volkshochschule, zeigt deren persönliche Motivation und Mühen – und das teils skurrile Bild, das ihnen von Deutschland in den Lehrmaterialien vermittelt wird.

Institut der Deutschen Wirtschaft

## Iraner gut integriert am Arbeitsmarkt

Meist in Jobs, oft mit akademischem Abschluss, häufig im Gesundheitsbereich – eine neue Auswertung des [Instituts der deutschen Wirtschaft](#) in Köln zeigt, dass Iraner in Deutschland gut integriert sind. Im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen ist die iranische Bevölkerung in Deutschland bisher eher überschaubar. So lebten am 31.12.2024 der Ausländerstatistik zufolge 162.000 iranische Staatsangehörige (ohne weitere deutsche Staatsbürgerschaft) in Deutschland, was einem Anteil von 1,1 Prozent der gesamten ausländischen Bevölkerung entsprach. Aufgrund der aktuell unüberschaubaren politischen Lage ist derzeit noch unsicher, ob aufgrund des Krieges zu einer stärkeren Fluchtbewegung nach Deutschland kommen wird.

# Arbeit und Bildung

## Arbeitsmarkt 1

### Bis zu 40% der EU-Fachkräfte arbeiten als Helfer

In Hessen arbeiten bis zu 40% der qualifizierten EU-Fachkräfte weit unter ihrem Ausbildungsniveau – das zeigt eine Antwort von Arbeitsministerin Heike Hofmann auf eine [parlamentarische Anfrage im Wiesbadener Landtag](#). Zum Stichtag 31. Mai 2025 waren von 82.576 sozialversichert beschäftigten EU-Ausländern mit anerkanntem Berufsabschluss rund 28 Prozent als Helfer tätig. In den Kreisen Wetterau, Vogelsberg und Hersfeld-Rotenburg lag der Anteil sogar bei über 40 Prozent. Bei EU-Ausländern mit akademischem Abschluss arbeiteten immerhin 9,5 Prozent in Helferjobs. Ein Risiko der Fehlsteuerung sieht die Landesregierung dennoch nicht – und verweist auf Welcomecenter in Frankfurt-Rhein-Main, Nord- und Mittelhessen sowie auf einen Integrationsbonus für Betriebe. Bundesweit zeigt sich dasselbe Bild: Ausländische Fachkräfte werden auf dem Arbeitsmarkt oft unterhalb ihrer Qualifikation eingesetzt. Als Hauptursachen gelten mangelnde Deutschkenntnisse sowie strukturelle Diskriminierung – Menschen mit ausländisch klingenden Namen erhalten bei gleicher Qualifikation seltener Einladungen zu Vorstellungsgesprächen. Viele sind dadurch gezwungen, Stellen anzunehmen, die ihrer Ausbildung nicht entsprechen.

## Arbeitsmarkt 2

### Viele Ukrainer finden Job in Deutschland

Dreieinhalb Jahre nach ihrer Ankunft hat die Hälfte der ukrainischen Kriegsflüchtlinge der ersten Fluchtwelle einen Job in Deutschland gefunden – das belegt eine gemeinsame Analyse des IAB und des Bamf, wie der [Spiegel](#) berichtete. Damit liegt die Beschäftigungsquote zwar noch deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt von 68 Prozent, doch das Integrationstempo übertrifft frühere Fluchtbewegungen: Eine Quote von 50 Prozent wurde diesmal rund zweieinhalb Jahre früher erreicht. Als Gründe gelten das hohe Bildungsniveau der Geflüchteten sowie der Jobturbo der früheren Ampelregierung, dessen Wirksamkeit eine Studie bestätigt. Da viele Ukrainerinnen alleinerziehend sind und in Teilzeit arbeiten, beziehen 41 Prozent der beschäftigten Geflüchteten ergänzende Sozialleistungen. Auch die Arbeitslosigkeit unter Geflüchteten aus den sieben wichtigsten Asylherkunftsländern und der Ukraine ist zuletzt spürbar gesunken. Die schwarz-rote Bundesregierung hat den Jobturbo jedoch weitgehend abgewickelt: Engmaschige Jobcenter-Betreuung, Qualifizierungsmaßnahmen und der Sonderbeauftragte für Arbeitsmarktintegration wurden abgeschafft oder sind ausgelaufen. Zudem sollen ukrainische Geflüchtete, die nach dem 31. März 2025 einreisen, wieder auf die niedrigeren Asylbewerberleistungen zurückgestuft werden.

# Arbeit und Bildung

## Arbeitsmarkt 3

### Mehr Geflüchtete in Jobs als in Sozialleistungen

Rund 800.000 Geflüchtete arbeiten inzwischen in Deutschland. Ihre Beschäftigungsquote liegt bei 50 Prozent. Es gibt mehr Geflüchtete, die arbeiten als solche, die Sozialleistungen beziehen (42 Prozent). Unter den Geflüchteten von 2015 liegt die Erwerbsquote bei rund zwei Drittel (Stand: Ende 2024). Alle aktuellen Zahlen und Fakten zu Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt finden Sie [hier](#).

## Arbeitsmarkt 4

### Überqualifiziert und übersehen

Jede siebte junge Erwerbsperson in Deutschland arbeitet auf einem Niveau unter ihrer Qualifikation – das zeigt die Arbeitskräfteerhebung 2024 des [Statistischen Bundesamtes](#). Insgesamt 15 Prozent der 15- bis 34-Jährigen gaben an, einen höheren Bildungsabschluss zu besitzen, als ihr Job erfordert. Besonders stark betroffen sind Frauen (16 Prozent) und Menschen mit Einwanderungsgeschichte (18 Prozent). Als eingewandert gilt, wer selbst oder dessen beide Elternteile seit 1950 nach Deutschland gezogen sind. Die Mehrheit der jungen Erwerbstätigen (78 Prozent) arbeitet hingegen auf dem passenden Qualifikationsniveau, sieben Prozent gelten als formal unterqualifiziert. Die Zahlen verdeutlichen, dass formale Abschlüsse allein keinen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt sichern. Migrantische Fachkräfte stoßen trotz guter Ausbildung häufig auf strukturelle Hürden bei der Jobsuche. Sprachbarrieren, fehlende Netzwerke oder mangelnde Anerkennung ausländischer Abschlüsse können dabei eine Rolle spielen. Der Befund reiht sich in eine bekannte Debatte über Diskriminierung am Arbeitsmarkt und verschenkte wirtschaftliche Potenziale ein. Gezielte Fördermaßnahmen und eine konsequente Anerkennungspolitik könnten helfen, diese Lücke zu schließen.

## Arbeitsmarkt 5

### Ausländische Arbeitskräfte stärker am Arbeitsmarkt

Der deutsche Arbeitsmarkt stützt sich zunehmend auf ausländische Arbeitskräfte – das machte BA-Vorstandschefin Andrea Nahles bei der Vorstellung der [Februar-Statistik](#) deutlich. Die Beschäftigung deutscher Staatsangehöriger sinkt vor allem altersbedingt, weil die Babyboomer in Rente gehen. Ausländische Beschäftigung hingegen wächst branchenübergreifend: Im Dezember 2025 waren 5,89 Millionen Ausländer sozialversicherungspflichtig beschäftigt – 224.000 mehr als im Vorjahr, darunter 74.000 aus der Ukraine und 65.000 aus Asylherkunftsländern. Auch die gezielte Erwerbsmigration hat sich seit 2020 auf zuletzt 420.000 Personen mehr als verdoppelt. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen sank im Februar leicht auf 3,07 Millionen, die Quote liegt bei 6,5 Prozent. Industrie und Vollzeitbeschäftigung verlieren, Dienstleistungen und Teilzeit gewinnen. Nahles begrüßte die geplante Gesetzesänderung, die Asylbewerbern generell Arbeit nach drei Monaten erlaubt – erwartet aber kaum Auswirkungen, da die meisten Geflüchteten diesen Zugang bereits haben. Schon jetzt sind 100.000 Menschen mit laufendem Asylverfahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

# Arbeit und Bildung

SRV warnt vor Schuldenfalle

## Azubis und Studierende aus Drittstaaten

Der [Sachverständigenrat für Integration und Migration \(SVR\)](#) warnt in einer neuen Analyse vor Schattenseiten der liberalisierten Bildungs- und Erwerbsmigration: Internationale Studierende und Auszubildende aus Drittstaaten geraten in Deutschland häufig in Schulden und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Private Vermittlungsagenturen im Herkunftsland locken junge Menschen mit teuren Versprechen rund um Studienplatz, Sprachprüfung und Visum. Um Schulden zu tilgen und den Aufenthalt zu finanzieren, arbeiten viele neben dem Studium in schlecht bezahlten Jobs – etwa in Nagelstudios oder bei Lieferdiensten. Der eigentliche Aufenthaltszweck tritt dabei in den Hintergrund, was die Betroffenen in eine berufliche Sackgasse führt. Auch private Hochschulen, die gezielt internationale Studierende anwerben und verstärkt auf Online-Lehre setzen, stehen in der Kritik – bei fehlenden Präsenzanteilen stellt sich sogar die aufenthaltsrechtliche Frage nach der Rechtmäßigkeit der Aufenthaltserlaubnis. Viele Auszubildende verfügen zudem über zu geringe Deutschkenntnisse, um ihre Rechte gegenüber Ausbildungsbetrieben wahrzunehmen. Der SVR empfiehlt daher, vor der Visa-Erteilung einen Sprachnachweis zu verlangen. Auch bei der Chancenkarte zeigen sich Nebenwirkungen: Sie wird teils nicht zur Jobsuche im erlernten Beruf genutzt, sondern als Einstieg in niedrigschwellige Erwerbstätigkeit. Für mehr Transparenz auf dem Vermittlungsmarkt plädiert der SVR für eine Zertifizierung ausländischer Agenturen.



# Desintegration

Repräsentative Studie

## Diskriminierungserfahrungen in Deutschland

Etwa jede achte Person erlebte 2022 in Deutschland Diskriminierung. Das zeigt eine neue repräsentative Studie der [Antidiskriminierungsstelle des Bundes](#). Rund 40 Prozent der Betroffenen wurden aufgrund ihrer ethnischen Herkunft bzw. aus rassistischen Gründen diskriminiert. Besonders gefährdet: Menschen mit Migrationshintergrund, Personen, die nicht als deutsch wahrgenommen werden und Musliminnen und Muslime. Weitere Zahlen und Studien zu Rassismus finden Sie [hier](#).

Studie zu Jobcentern

## Erfahrungen von Menschen aus Osteuropa

[Eine von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes geförderte Studie](#) belegt, dass Menschen mit osteuropäischer Migrationsbiografie in deutschen Jobcentern häufig diskriminiert werden – sowohl durch individuelle Ermessensentscheidungen von Mitarbeitenden als auch durch strukturelle und institutionelle Benachteiligungen. Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel ukrainischer Geflüchteter, denen in einigen Jobcentern pauschal „Sozialtourismus“ oder „Faulheit“ unterstellt wurde. Die Autorinnen und Autoren führen solche Zuschreibungen auf historisch gewachsene Stereotype zurück, die bis ins 19. Jahrhundert reichen. Bundesbeauftragte Ferda Ataman kritisierte, dass Ressentiments dazu führten, qualifizierte Menschen vorschnell in Niedriglohn-Jobs zu drängen – etwa wenn einem ukrainischen Facharzt ein Reinigungsjob vermittelt werde. Zusätzlich bremsen strukturelle Hürden wie langwierige Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse und befristete Aufenthaltsstatus die Arbeitsmarktintegration aus. Auf Basis der Studie empfehlen sie, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auf staatliches Handeln auszuweiten. Außerdem plädieren sie für den Ausbau antirassistischer Schulungen in Jobcentern sowie die langfristige Förderung von Antidiskriminierungsberatung.

Neue Großstudie

## Rassismus in Institutionen

Am 23. Februar 2026 wurde die bisher [größte empirische Studie zu Rassismus](#) in deutschen Behörden veröffentlicht. Das Bundesinnenministerium und das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt haben über drei Jahre hinweg Rassismus in staatlichen Institutionen untersucht – darunter Jobcenter, Jugendämter, Ausländerbehörden und Gerichte. Erstmals erhielten die Forscher\*innen umfassenden Zugang zu diesen Einrichtungen. Die Studie liefert wichtige Erkenntnisse über das Ausmaß und die Formen von Rassismus in deutschen Institutionen. Ein zusammenfassendes Interview mit dem Studienleiter Prof. Dr. Gert Pickel finden Sie [hier](#).

# Desintegration

Sozialpsychologie

## Vom Stereotyp zum Vorurteil

Der Mainzer Sozialpsychologe Roland Imhoff erklärt im [Gespräch mit dem MiGAZIN](#), wie Stereotype entstehen und wann sie gefährlich werden. Stereotype seien eine kognitive Notwendigkeit: Bei acht Milliarden Menschen brauche das Gehirn Abkürzungen, um soziale Situationen einzuschätzen – ob das Verhalten gerechtfertigt sei oder nicht. Problematisch werden Stereotype erst, wenn sie mit negativen Bewertungen und der Bereitschaft zur Diskriminierung verbunden sind – dann werden sie zum Vorurteil. Dieser Schritt sei klein, aber folgenreich: Wer etwa Arbeitslose pauschal als faul betrachte, neige dazu, soziale Unterstützung für nicht gerechtfertigt zu halten. Imhoff sieht auch eine Zunahme von Selbststereotypisierung: Menschen beschreiben sich heute stärker entlang klassischer Geschlechterrollen als noch vor 20 Jahren – möglicherweise als Reaktion auf gesellschaftliche Unsicherheit und zu schnelle Liberalisierung. Medien und Algorithmen könnten Stereotypisierung verstärken, seien aber bislang weniger erforscht als Desinformation. Politisch empfiehlt Imhoff mehr gesellschaftliche Repräsentation: Wenn Kabinette oder öffentliche Institutionen die Vielfalt der Gesellschaft spärlich abbildeten, zementierten sie Rollenbilder. Stereotype selbst werde man nicht abschaffen können – wohl aber den Raum innerhalb dieser Stereotype reicher und vielfältiger gestalten.

Strategie verabschiedet

## EU-Kommission will stärker gegen Rassismus vorgehen

Die [Europäische Kommission](#) hat eine Strategie gegen Rassismus für die Jahre 2026 bis 2030 verabschiedet – nach eigenen Angaben die erste dieser Art. Ausgangspunkt ist eine Eurobarometer-Erhebung, nach der fast zwei Drittel der EU-Bürgerinnen und -Bürger rassistische Diskriminierung als weit verbreitetes Problem wahrnehmen. Kern der Strategie ist die konsequentere Durchsetzung bestehender Antidiskriminierungsgesetze, vor allem der [Gleichbehandlungsrichtlinie von 2000](#). Ein Bericht 2026 soll Vollzugsmängel in den Mitgliedstaaten offenlegen und prüfen, ob nationale Sanktionsregeln verschärft werden müssen. Schwerpunkte liegen auf mehr Chancengleichheit in Bildung, Beschäftigung, Wohnen und Gesundheit sowie im Kampf gegen Hassrede im Netz. Erstmals greift die Kommission auch den Begriff des strukturellen Rassismus auf und will gemeinsam mit den Mitgliedstaaten eine einheitliche Arbeitsdefinition entwickeln. Alarmierend sind die genannten Zahlen: Roma haben eine bis zu acht Jahre geringere Lebenserwartung, 46 Prozent der Menschen afrikanischer Herkunft sind für ihre Tätigkeit überqualifiziert, muslimische Haushalte sind dreimal so häufig armutsgefährdet wie der Bevölkerungsdurchschnitt. Neu ist auch der Fokus auf algorithmische Diskriminierung: Der Bericht 2026 soll KI-gesteuerte Benachteiligungen eigens untersuchen.

# Desintegration

COSMO Radio vor dem Aus

## Sparmaßnahmen treffen interkulturelles Radio

Der WDR plant, seinen interkulturellen [Radiosender COSMO](#) ab April 2027 grundlegend umzubauen und das mehrsprachige Programm weitgehend einzustellen. Betroffen sind Redaktionen in über zehn Sprachen, die teils auf eine über 65-jährige Geschichte zurückblicken und einst gezielt für Gastarbeiter-Communitys aufgebaut wurden. Statt des altersübergreifenden Formats soll ein auf junges Publikum zugeschnittener Hip-Hop-Untersender von 1LIVE entstehen. Der WDR spricht von strategischer Neuausrichtung; Kritiker sehen darin eine „Mogelpackung“, die dem gesetzlichen Auftrag widerspreche - das WDR-Gesetz schreibt COSMO ausdrücklich vor, interkulturelle Themen für alle Altersgruppen abzubilden. Eine [anonyme Redakteurin](#) warf dem Sender vor, die Angebote durch jahrelange Unterfinanzierung selbst geschwächt zu haben. Mehr als 75.000 Menschen unterzeichneten eine Petition gegen die Einstellung des Programms, unterstützt u.a. von Herbert Grönemeyer. Tenor: Sparmaßnahmen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk treffen regelmäßig jene, die ohnehin unterrepräsentiert seien.



# Migration weltweit

Europäische Union

## Asylanträge in Europa 2025 stark rückläufig

Die Zahl der **Asylanträge in der EU ist 2025** deutlich gesunken: Zwischen Januar und Mitte Dezember wurden in den 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen und der Schweiz rund 780.200 Anträge auf internationalen Schutz registriert – etwa ein Fünftel weniger als im Vorjahreszeitraum. Als Hauptgrund gilt der starke Rückgang syrischer Antragsteller, nachdem der Sturz von Langzeitherrscher Baschar al-Assad Ende 2024 neue Hoffnung in Syrien geweckt hat. Besonders deutlich fiel der Rückgang in Deutschland aus: Die Zahl der Erstanträge sank 2025 im Vergleich zu 2024 um 51 Prozent auf 113.236. Insgesamt verzeichnete Deutschland rund 149.100 Anträge inklusive Folgeanträge und lag damit knapp vor Frankreich (148.600), Spanien (137.300) und Italien (125.800). EU-Innenkommissar Magnus Brunner lobte die Entwicklung und verwies auf konsequente Reformen des europäischen Migrations- und Asylrechts. Stärkerer Außengrenzschutz und beschleunigte Verfahren hätten dazu geführt, dass sogenannte „irreguläre“ Grenzübertritte seit 2023 um mehr als die Hälfte zurückgegangen seien. Kritiker weisen allerdings darauf hin, dass der Begriff „illegal“ im politischen Sprachgebrauch irreführend sei: Wer Grenzen ohne Dokumente überquert, um Asyl zu beantragen, übe ein international verbrieftes Recht aus – keine strafbare Handlung.

Neuer Kurs in Spanien

## Regierung legalisiert Aufenthalt vieler Migranten

Spaniens linksgerichtete Regierung hat per Kabinettsbeschluss ein außerordentliches Verfahren eingeleitet, das hunderttausenden Menschen ohne Papiere einen legalen Aufenthaltsstatus ermöglichen soll. **Migrationsministerin Elma Saiz** sprach von einem „auf Menschenrechten basierenden Migrationsmodell“ und betonte die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderung. Ministerpräsident Pedro Sánchez begründet den Kurs mit dem Arbeitskräftemangel und der Überalterung der Bevölkerung, die den Sozialstaat und die Rentensicherung gefährdeten. Spanien setzt damit einen deutlichen Kontrapunkt zur Migrationspolitik der USA unter Donald Trump und zum Trend der meisten EU-Staaten, die auf Verschärfungen setzen. Profitieren können alle Migranten, die sich nachweislich bereits vor dem 31. Dezember 2025 im Land aufhielten, nicht vorbestraft sind und mindestens fünf Monate dort gelebt haben. Als Nachweis genügen einfache Dokumente wie Arztbescheinigungen, Mietverträge oder sogar Fahrkarten. Schätzungsweise handelt es sich um etwa eine halbe Million Menschen. Die Initiative wurde per königlichem Dekret umgesetzt und umgeht damit das Parlament, in dem Sánchez keine eigene Mehrheit besitzt.

# Migration weltweit

Fluchtbewegungen in Afrika

## Migration auf dem Nachbarkontinent

Personen aus afrikanischen Ländern machen rund 15 Prozent der Migrantinnen und Migranten weltweit aus – im Vergleich zu 40 Prozent aus Asien und 20 Prozent aus Europa. Entgegen weit verbreiteter Annahmen migrieren Personen aus Afrika tendenziell selten. Die Mehrheit der Migrantinnen und Migranten aus Afrika bleibt zudem innerhalb des Kontinents. Zu diesem Ergebnis kommen die Autorinnen eines Working Paper der [Stiftung Wissenschaft und Politik](#) (SWP) nach ihrer Analyse von Daten der Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (Desa) der Vereinten Nationen.

Aus der Fluchtforschung

## Report Globale Flucht

Flucht ist eine globale Herausforderung, über die oft nur verkürzt berichtet wird. Der „[Report Globale Flucht](#)“ bietet ein Gegengewicht: Über 30 Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen schreiben hier über Hintergründe, Entwicklungen und Diskurse rund um das Thema Flucht. Der Band stellt damit forschungsbasiertes Wissen bereit. Schwerpunkt des diesjährigen Reports ist das Wechselverhältnis von Klimawandel und Flucht.



Kino

## Wie ein Grill die Gesellschaft spaltet

Ein Gasgrill als Spiegel der Gesellschaft: In der **Kinokomödie „Extrawurst“** von Regisseur Marcus H. Rosenmüller eskaliert die Jahreshauptversammlung eines Tennisclubs an der Frage, ob der Verein für seinen einzigen muslimischen Spieler einen zweiten Grill ohne Schweinefleisch anschaffen soll. Gut gemeint, aber zündend – denn der Vorschlag entfacht eine Debatte, die tief sitzende Vorurteile, Rechthaberei und Doppelmoral ans Licht bringt. Das Ensemble überzeugt auf ganzer Linie: Hape Kerkeling als engstirniger Vereinsvorsitzender, Christoph Maria Herbst als selbstgefälliger Werbetexter, der sich für besonders weltoffen hält, und Fahri Yardim als Erol, der von den rassistischen Ressentiments seiner Vereinskollegen kalt erwischt wird. Der Film basiert auf dem gleichnamigen Theaterstück von Dietmar Jacobs und Moritz Netenjakob und trifft einen Nerv: Wer glaubt, Rassismus und Vorurteile seien immer das Problem der anderen, wird hier eines Besseren belehrt.



Schriftstellerin Leila Slimani

## “Die denken, man wandert ein. Punkt.”

Die marokkanisch-französische Schriftstellerin Leïla Slimani mahnt, dass in den Debatten über Migration ein zentraler Punkt fehlt: das Verständnis dafür, wie kräftezehrend es ist, in einem neuen Land anzukommen und dazugehören zu wollen. „Vor allem die Politiker machen sich keine Vorstellung davon, wie anstrengend es ist einzuwandern. Die denken: Man wandert ein. Punkt“, sagte die 44-Jährige der **Süddeutschen Zeitung**. Wer gefallen wolle, müsse werden wie die Menschen am neuen Ort – und stehe dabei unter ständiger Beobachtung: ob die Sprache wirklich sitzt, ob man Nuancen eines Witzes versteht, ob ein Akzent verrät, dass man nicht „von hier“ ist. Das sei demütigend. Gleichzeitig drohe man dabei, sich selbst zu verlieren. Slimani beschreibt diesen inneren Konflikt als permanente Zerreißprobe: Verbiegt man sich nur, um zu gefallen – oder gehört die Veränderung inzwischen auch zu einem selbst? Diese Fragen durchziehen ihre literarischen Werke. Identität, Entwurzelung und die Zerrissenheit zwischen zwei Kulturen sind die großen Themen ihrer Arbeit – und offenbar auch ihres Lebens. Slimani plädiert dafür, Migration nicht als einmaligen Akt zu verstehen, sondern als lebenslangen, erschöpfenden Prozess der Anpassung und Selbstbehauptung.

Buch über Superdiversität

## “Probleme nicht zu benennen hilft nur den Rechten”

Die Soziologen Maurice Crul und Frans Lelie von der Freien Universität Amsterdam plädieren in ihrem Buch „[Gesellschaft der Minderheiten. Leben in der Superdiversität](#)“ dafür, die politisch aufgeheizte Frage des “Ob” durch die pragmatische Frage des “Wie” zu ersetzen: Weil Superdiversität durch Einwanderungspolitik langfristig nicht aufzuhalten sei, müsse man lernen, sie zu gestalten. In Städten wie Brüssel, Amsterdam oder Frankfurt sind Menschen ohne Migrationshintergrund längst selbst eine Minderheit. Eine überraschende Erkenntnis ihrer [Studie „Becoming a Minority“](#), in der Tausende Stadtbewohner befragt wurden: Menschen mit niedrigem Bildungsgrad, die Vielfalt seltener als Bereicherung wahrnehmen, tragen oft mehr zum funktionierenden Zusammenleben bei als Linksliberale – da letztere aus Kontaktscheu und Angst, etwas falsch zu sagen, sich seltener aktiv einbringen. Wer in migrantisch geprägten Vierteln aufgewachsen ist, ist diverse Beziehungen schlicht gewohnt. Gleichzeitig zeigen die Daten: Positive Alltagserfahrungen ändern kaum etwas an negativen Einstellungen gegenüber Migranten als Gruppe. Die Autoren warnen auch: Probleme zu verschweigen spiele nur Rechtspopulisten in die Hände.

Ausstellung: Migration und Mobiliar

## Wie Menschen sich im Provisorium einrichten

Das Museum Ephraim-Palais in Berlin zeigt bis zum 3. Januar 2027 die Ausstellung „[Tapetenwechsel – Migration und Mobiliar seit 1960](#)“. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich Menschen in der Migration einrichten – als ästhetische und als soziale Frage zugleich. Wie entsteht ein Zuhause im Provisorium? Wie zeigt sich anhand von Möbeln und Einrichtungsgegenständen der Prozess des Sich-Niederlassens? Die Ausstellung spannt einen Bogen von den mit Stacheldraht umzäunten Gastarbeiterunterkünften der 1950er bis 1970er Jahre über die Vertragsarbeiterheime der DDR bis zu den Asylunterkünften der 1990er Jahre. Sofa, Fernseher und Schrankwand sind dabei nicht nur Dinge – sie kennzeichnen soziale Verhältnisse und machen die politische Dimension des Wohnens sichtbar.

Buch: Miriam Davoudvandi

## Das können wir uns nicht leisten

Miriam Davoudvandi wurde 1992 in Bukarest als Tochter einer Rumänin und eines Iraners geboren und wuchs in einer Kleinstadt in Süddeutschland auf. Sie ist freie Journalistin, Moderatorin und Autorin. Davoudvandi beschreibt in ihrem autobiografischen Buch [Das können wir uns nicht leisten](#), was Armut in Deutschland konkret bedeutet: die Scham, Freundinnen nicht nach Hause einladen zu wollen, der permanente Stress wegen Geld, die Angst vor sozialem Abstieg und das Gefühl, nie wirklich dazuzugehören. Das Buch zeigt auf, wie tief Armut in den Alltag eingreift – in Bildung, Gesundheit, Beziehungen oder Selbstwertgefühl. Die Autorin begreift dabei Armut als strukturelles, nicht individuelles Problem. Migration und Armut werden hier als sich überschneidende Benachteiligungslagen wahrgenommen, ohne dass Armut auf Herkunft reduziert wird.

# Persönlichkeiten

Rita Süßmuth

## Vordenkerin deutscher Migrationspolitik

Mit [Rita Süßmuth](#) verliert Deutschland eine der prägenden Stimmen seiner modernen Gesellschaftspolitik. Die frühere Bundestagspräsidentin starb im Februar 2026 im Alter von 88 Jahren. Besonders ihr Einsatz für eine realistische und zukunftsorientierte Migrationspolitik bleibt in Erinnerung. Bereits 2001 erklärte sie gegen erheblichen Widerstand: „Deutschland ist ein Einwanderungsland“. Mit der nach ihr benannten Zuwanderungskommission legte sie wichtige Grundlagen für das spätere Zuwanderungsgesetz. Süßmuth verstand Integration als staatliche Daueraufgabe und nicht als Ausnahmefall. Auch in der Frauen-, Familien- und Gesundheitspolitik setzte sie wegweisende Impulse. Innerhalb der CDU galt sie oft als gesellschaftspolitische Vordenkerin. Ihr Wirken prägte politische Debatten über Jahrzehnte. Mit Rita Süßmuth verliert Deutschland eine Brückenbauerin zwischen Tradition und gesellschaftlichem Wandel.

Aladin El-Mafaalani

## Kasseler Bürgerpreis „Glas der Vernunft“

Aladin El-Mafaalani ist ein deutscher Soziologe und lehrt an der Technischen Universität Dortmund Migrations- und Bildungssoziologie. Er setzt sich vor allem für Chancengleichheit im Bildungssystem, eine gelingende Integration und die Stärkung der Rechte von Kindern ein. Der [Kasseler Bürgerpreis](#) „Glas der Vernunft“ geht in diesem Jahr an El-Mafaalani. Seit 1991 wird das „Glas der Vernunft“ an Persönlichkeiten verliehen, die sich für Vernunft, Toleranz und Menschlichkeit in der Gesellschaft einsetzen. Der Preis wird im September verliehen.

Cem Özdemir

## Erster Ministerpräsident mit türkischen Wurzeln

Mit einer auf seine Person zugeschnittenen Kampagne führte [Cem Özdemir](#) die Grünen in Baden-Württemberg überraschend zum Wahlsieg. Sein politischer Weg begann als Sohn türkischer Gastarbeiter und führte ihn als ersten Abgeordneten mit türkischen Wurzeln in den Bundestag. Nach einer Affäre um Bonusmeilen und Privatkredite folgte der politische Absturz, später das erfolgreiche Comeback. Als Bundesminister und langjähriger Grünen-Politiker entwickelte er sich zu einem der bekanntesten Gesichter seiner Partei. Für viele gilt sein Wahlsieg als Meilenstein für politische Repräsentation in Deutschland. Gleichzeitig zeigt er, wie selten Menschen mit Migrationsgeschichte noch immer in Spitzenämter gelangen. Özdemirs Erfolg steht damit sowohl für individuelle Leistung als auch für gesellschaftlichen Wandel. Sein Einzug in die Staatskanzlei kann als Signal gedeutet werden für ein vielfältigeres Deutschland.

# Persönlichkeiten

Latin-Superstar Bad Bunny

## Zugehörigkeit sichtbar machen

Beim US-amerikanischen Super Bowl im Februar sprengte [Latin-Superstar Bad Bunny](#) die gewohnten Rahmen. Fast ausschließlich auf Spanisch, mit puerto-ricanischen Alltagsszenen, brachte er Millionen Menschen auf die Bühne, die oft unsichtbar bleiben. Sein Auftritt war keine politische Forderung, sondern eine Diagnose: Wer längst dazugehört, wird nicht immer als selbstverständlich gesehen. Migration, kulturelle Vielfalt, Sprache – alles Themen, die im Alltag oft marginalisiert werden. Die Halftime-Show wurde so zur Bühne für Sichtbarkeit und Zugehörigkeit. Der Künstler nutzte die größte Bühne Amerikas, ohne das System zu brechen, aber mit klarer Aussage. Repräsentation ersetzt keine Politik, aber ohne sie bleibt gesellschaftliche Realität unsichtbar. Der Moment bot Anerkennung, Verbundenheit und Entlastung – emotional, nicht programmatisch. Er zeigte: Sichtbarkeit kann verbinden, auch wenn strukturelle Ungleichheiten bestehen bleiben. Am Ende geht es nicht nur um Popkultur, sondern um die Menschen, deren Alltag Teil der Gesellschaft ist – und die endlich gesehen werden.





# Impressum

## **Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises**

Karl-Kellner-Ring 51

35576 Wetzlar

E-Mail: [info@lahn-dill-kreis.de](mailto:info@lahn-dill-kreis.de)

Tel.: 06441 407-0

## **Kontakt Newsletter:**

Norbert Wenzel

Vielfaltszentrum – WIR im Lahn-Dill-Kreis

E-Mail: [wir@lahn-dill-kreis.de](mailto:wir@lahn-dill-kreis.de),

Tel.: 06441 407-1487

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Carsten Braun, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364